



Datum, 07.03.2012 - Drucksachen Nr.:

Mitteilung

XI/54/2012

Beratungsfolge	Termin	Entscheidungen
Bau-, Planungs- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2012	

Mitteilungen des Magistrats

1. Herr Wolf wird in der Sitzung den aktuellen Planungsstand Heisterbachstraße, 4. BA präsentieren.
2. Die Rhein-Main Deponie GmbH (RMD) beabsichtigt, den nach Nordwesten reichenden, derzeit noch nicht oberflächenabgedichteten Bereich der Deponie hinsichtlich der Sicherungseinrichtungen und der Rekultivierung zu optimieren. Dazu möchte sie die angrenzende, außerhalb der Deponiegrenze liegende und zurzeit befristet als Materiallager genutzte Fläche dauerhaft in die Endprofilierung und Rekultivierung einbeziehen. Hauptziele sind die Ertüchtigung bzw. Erneuerung des Sickerwassererfassungssystems sowie eine deutliche Erhöhung der Rekultivierungsschicht-Dicke auf planmäßig 4 m (statt 2 - 2,30 m) zur besseren "Etablierung" des Rekultivierungsziels "Wald". Die Böschungsneigungen sollen verringert werden, um den Einbau des Oberflächenabdichtungssystems zu vereinfachen und auch umwelttechnisch belastete mineralische Materialien einbringen zu können. Der zeitliche Abschluss der Deponie und des Oberflächenabdichtungs-Baus würde sich dadurch um ca. 10 Jahre verlängern, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit eröffnen, für diesen Zeitraum eine regionale Verwertungsmöglichkeit für belastete Böden (Einbauklasse Z 3) zu schaffen.

Der Geschäftsführer der RMD hatte dem TULFA im vergangenen Jahr die geplanten Maßnahmen bereits vorgestellt. Das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, hat mit Schreiben vom 29.02.2012, das am 02.03.2012 bei der Stadt eingegangen ist, im Vorfeld einer Entscheidung über das erforderliche Verwaltungsverfahren, den beteiligten Behörden bzw. Standortgemeinden Gelegenheit gegeben, von dem geplanten Vorhaben Kenntnis zu nehmen und bis zum 16.03.2012 eine Stellungnahme abzugeben, da am 21.03.2012 mit der RMD ein Abstimmungsgespräch erfolgt. Im Rahmen des offiziellen Verwaltungsverfahrens erfolgt eine erneute Beteiligung.

Der betroffene Bereich, der später wieder aufgeforstet werden wird, grenzt an städtische Waldflächen. Die Forstbehörden sind ebenfalls beteiligt. Die Verwaltung hat nach Abstimmung mit dem Revierförster als Vorabstimmungnahme dem RP mitgeteilt, dass bei der Schutzgutbewertung "Tiere und Pflanzen" anstatt der Formulierung, dass nach Abschluss der Arbeiten wieder eine "waldartige Vegetation" angelegt wird, es heißen muss, dass "Wald" angelegt wird. Bei der Rubrik Schutzgut "Mensch" wird wegen des zusätzlichen Anlieferungsverkehrs für den insgesamt ca. 400.000 m³ umfassenden Mehrbedarfs für mineralische Materialien bei 10 Jahren mit ca. 10 LKW pro Arbeitstag gerechnet. Als Stellungnahme wird die Verwaltung darauf hinweisen, dass zur Vermeidung der Mehrbelastungen für die Anwohner der Stadtteile Hausen-Arnsbach und Westerfeld die Anfahrten über die bestehenden Ortsumgehungsstraßen erfolgen sollen. Bezüglich der Erneuerung des Sickerwassererfassungssystems ist der Abwasserverband Oberes Usatal zu beteiligen. Diesen Mitteilungen ist ein Luftbild beigelegt, der den betroffenen Bereich markiert darstellt.